



MEI: Für eine EU-kompatible Umsetzung verbunden mit inneren Reformen

Referat von Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin BL

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Stimmenden haben am 9. Februar 2014 Ja gesagt zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI). Das bedeutet eine Zäsur in der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik. Ausschlaggebend dafür dürfte das generelle Unbehagen der Menschen in einer immer globalisierteren Welt sein, das sich auch in der Angst vor Verlusten an Wohlstand und Lebensqualität durch die Zuwanderung ausdrückt. Diesen Sorgen hat die Politik zu wenig Rechnung getragen. Die Umsetzung der MEI muss zu Gunsten der Bevölkerung Reformen im Innern bringen und sie muss EU-kompatibel umgesetzt werden.

Alle SP-Vorschläge orientieren sich an den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung und der Wahrung der verfassungsmässigen Grundrechte. Eine Rückkehr zum menschenunwürdigen Saisonier-Statut oder anderer diskriminierender ausländerpolitischer Massnahmen ist ausgeschlossen. Der Familiennachzug muss weiterhin unbeschränkt gewährleistet sein. Die Steuerung der Zahl der Flüchtlinge nach wirtschaftlichen Kriterien ist ausgeschlossen.

Die Vorschläge der SP zielen auf eine schweizerische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Effizienz der Binnenwirtschaft steigert, die Kaufkraft für alle – Einheimische und Zuwanderer – stärkt. Unnötige Anreize zur Zuwanderung in unproduktive Branchen müssen gestoppt werden. Die Reformen müssen die Schweiz produktiver machen und zugleich die Schweiz auf einen nachhaltigen Wachstums- und Zuwanderungskurs bringen.

Die Rahmenbedingungen unserer Reformvorschläge sind folgende: Die guten Beziehungen zur EU dürfen durch die Umsetzung der MEI nicht gefährdet werden. Die Schweiz ist heute aufs engste mit dem europäischen Binnenmarkt verbunden, ja die Schweiz ist wirtschaftlich besser in der EU integriert als gewisse Mitgliedsländer. Mit dem Euro-Mindestkurs ist die Schweiz sogar faktisch währungspolitisch am Euroraum angebunden. Diese für den Wohlstand und die Prosperität der Schweiz bedeutende Einbettung in Europa gilt es zu schützen.

Deshalb setzen wir primär auf innere Reformen, die unabhängig von der EU eingeführt werden können. Die Zuwanderungssteuerung muss im gesamtwirtschaftlichen Interesse erfolgen. Eine Kontingentswirtschaft mit Umsetzungsbürokratie widerspricht dem diametral. Stattdessen muss das Arbeitskräftepotential im Inland besser ausgeschöpft werden.

Die Umsetzung der MEI hat sich am autonomen Handlungsspielraum der Schweiz zu orientieren. Die Vorschläge sind folgende:

1. Es braucht eine Bildungsoffensive v.a. im naturwissenschaftlich-technischen Bereich und für mehr einheimisches Gesundheitspersonal. Das verringert die Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen ExpertInnen und Fachkräften.

2. Existenzsichernde Löhne, festzulegen durch die Sozialpartner, führen dazu, dass Betriebe rationalisiert werden oder ins Ausland ausweichen. Die Mindestlöhne beschleunigen einen sinnvollen Strukturwandel, während Dumpinglöhne die Produktivitätssteigerung bremsen.
3. Die Steuer- und Standortpolitik hat in den letzten Jahren ein aggressives Anwerbungs-niveau erreicht, das nicht mehr im gesamtwirtschaftlichen Interesse liegt. Die Politik des Ring Fencing bei den Unternehmenssteuern ist nicht nachhaltig und darf mit der USR III nicht weitergeführt werden. Der Zuzug von steuerbefreiten Headquarters hat den Wohlstand für die breite Masse der Bevölkerung nicht gesteigert, führte aber zur Explosion der Immobilienpreise. Inskünftig muss die Bestandespflege bei der Standortpolitik im Zentrum stehen.
Für Steuerprivilegien von ausländischen natürlichen Personen ist kein Platz mehr. Die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer muss ebenso aufgehoben werden wie Steuerprivilegien für zugezogene Expats.
4. Das bestehende Arbeitskräftepotential im Inland muss endlich ausgeschöpft werden. Rund 220 000 teilzeitarbeitende Frauen möchten mehr arbeiten. Die Erwerbshindernisse wie fehlende Krippen und Tagesschulen, Weiterbildung etc. sind endlich zu beseitigen. Die Arbeitgeber haben den jahrelangen leeren Versprechungen zur Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmender Taten folgen zu lassen.
5. Die Landwirtschaft darf nicht länger auf die Beschäftigung von Billigstarbeitskräften aus dem Ausland setzen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft muss auf eine Qualitätsstrategie abzielen. Zugleich gilt es mit einer Öffnung der Märkte mittels Agrarfreihandel mit der EU für eine gute Qualität kombiniert mit zahlbaren Preisen zu sorgen. Das verbilligt zugleich die Lebenshaltungskosten in der Schweiz.
6. Der Arbeitsmarkt im Tourismus ist wegen tiefer Löhne für viele einheimische Arbeitskräfte nicht attraktiv. Es braucht eine Qualifizierungsstrategie für die lokalen Arbeitskräfte. Zugleich müssen die Beschaffungskosten für die Hotellerie und das Gastgewerbe gesenkt werden. Damit verbleibt mehr Spielraum für bessere Löhne.

Diese Massnahmen werden die Zuwanderung bremsen und zugleich Reformen im Inland einleiten. Bei der Umsetzung stehen die Unternehmen und die Politik in der Pflicht. Freiwillig werden sich die Reformen nicht durchsetzen lassen (Free-Rider-Problem). Der Bundesrat muss deshalb bis Ende Jahr in dieser Logik ein Reform-Paket erarbeiten. Mit einem dringlichen Bundesbeschluss müssen die Reformen im ersten Halbjahr 2015 gesetzlich umgesetzt werden.

Wenn mit den inneren Reformen die Zuwanderung nicht im von der Bevölkerung gewünschten Mass gebremst wird, ist mit der EU über die Schaffung eines Integrationsfonds zu verhandeln. Mit einer zweckgebundenen Abgabe können die Integrationskosten zu Gunsten von ausländischen Arbeitskräften und ihren Familien, vor allem für die berufliche und sprachliche Integration, einfacher finanziert werden.

Für die Finanzierung des Fonds sind verschiedene Formen angedacht. Zu favorisieren ist eine nicht diskriminierende Abgabe von allen Unternehmen, wobei die Höhe allenfalls je nach Branche variieren kann.

Der Fonds ist die Alternative zu den Kontingenten. Die Abgabe kann zur Steuerung der Zuwanderung variiert werden.

Mit diesen Vorschlägen wird die Schweiz effizienter und sozialer. Sie sind eine echte Alternative zur unproduktiven Kontingentswirtschaft. Sie sind zugleich EU-kompatibel. Die Reformen können von der Schweiz autonom umgesetzt werden. Der Bundesrat ist gefordert, rasch zu handeln